

Dr. Alexander Mayer
Vacher Str. 213g, 90766 Fürth
Tel.: 0172 / 98 34 175
<http://www.dr-alexander-mayer.de>

Rundbrief des Stadtheimatpfleger Nr. 24

14.02.2008

1. Traueranzeige Gustavstraße 48



Die Verschieferung des Anwesens Gustavstraße 48 hatte vor der „Renovierung“ trotz Schäden einen Reiz, den eben nur Naturmaterialien ausstrahlen können.



Im Januar 2008 wurden die Naturschiefer entfernt und mit Genehmigung der Stadt Fürth durch Kunststoffplatten ersetzt, die eher Ähnlichkeit mit einem Latexüberzug haben. Zudem ist die Gliederung nun wesentlich vereinfacht. Die Hausfassade strahlt kein Leben mehr aus.

2. Historischer Lokschuppen



Das älteste Baudenkmal der Fürther Eisenbahngeschichte droht für immer verloren zu gehen. Hier ein Auszug aus meinem aktuellen Schreiben an Bezirkstagspräsident Richard Bartsch, das von der Stadt Fürth unterstützt wird:

„Fürth ist bekanntlich untrennbar mit der deutschen Eisenbahngeschichte verbunden, 1835 verband der Adler unsere Stadt mit Nürnberg. Beim Bau der ersten bayerischen Staatsbahn, die 1844 von Nürnberg bis Bamberg eröffnete Ludwig-Süd-Nord-Bahn (Gesamtstrecke: Lindau-Hof), wurde Fürth jedoch übergangen. Erst mit der Fertigstellung der Bahnstrecke Bamberg-Würzburg am 19. Juni 1865 erlangte Fürth den Anschluss an das überregionale Schienennetz. Die Bauarbeiten am Teilstück Nürnberg-Fürth wurden dabei schon am 1. Oktober 1862 abgeschlossen. Im Rahmen des Baus entstand auch um 1860 unser historischer Lokschuppen an der Karolinenstraße 91. Wahrscheinlich handelt es sich um das älteste noch bestehende Baudenkmal der Eisenbahngeschichte in Mittelfranken.

Der historische Lokschuppen verfällt und ist vor Ort wahrscheinlich nicht mehr zu retten. Der schlechte Zustand „...ist auf eine jahrzehntelange Vernachlässigung notwendiger Mindestmaßnahmen eines sachgerechten Bauunterhaltes zurückzuführen. Die Bahn hat bislang keine Bereitschaft zur Erfüllung ihrer Unterhaltungspflicht erkennen lassen. Vielmehr wurde seitens der Bahn die Erlaubnis nach DSchG zum Abbruch o.g. Gebäude beantragt; der Widerspruch der Stadt Fürth wurde von der Regierung von Mittelfranken zurückgewiesen.“ (Auszug aus einem Bericht des Baureferates Fürth vom 03.12.2004).

Selbst ein Notdach wird vom Eigentümer – inzwischen die aurelis Real Estate GmbH - abgelehnt, Vorstöße der Stadt werden ignoriert. Es droht der Verlust eines einzigartigen Baudenkmals. Ich bitte deswegen den Bezirk Mittelfranken um Hilfe, wobei ich an das Fränkische Freilandmuseum in Bad Windsheim denke.

Im Zusammenhang mit diesem Hilfsersuchen erlaube ich mir noch einen weiteren Gesichtspunkt anzuführen: Ich bin ein großer Liebhaber des Fränkischen Freilandmuseum, das der Bezirk so vorbildlich unterhält. Ein kleines Manko sticht mir aber bei jedem Besuch ins Auge: Im Freilandmuseum gewinnt der Besucher den Eindruck, dass Mittelfranken ein rein landwirtschaftlich geprägter Bezirk sei: Bauernhöfe über Bauernhöfe, mal eine Mühle, ein Sägewerk, eine ländliche Brauerei – die Geschichte der Industrialisierung und damit auch jene von Fürth wird weitgehend ausgeblendet. Nun ist die Industriali-

sierung aber eines der wichtigsten Kapitel unserer Geschichte, zudem tragen die von der Industrialisierung geprägten Städte erhebliche Teile der Kosten des Fränkischen Freilandmuseums. Ich appelliere an den Bezirk, ein einmaliges Baudenkmal zu retten und den Fürther Lokschuppen in das Fränkische Freilandmuseum aufzunehmen.“

3. Wilhelm Löhe und sein Geburtshaus

Stefan und Brigitte Bär (Bild links) haben das Geburtshaus von Wilhelm Löhe gekauft und sanieren es nun mit viel Eigenarbeit. Die Kosten für die Sanierung dieses musealen Hauses werden trotzdem immens ausfallen. Unten das Geburts- und Studierzimmer von Löhe, das anhand von biographischen Angaben identifiziert werden konnte. Vielleicht entsteht hier ein kleines Museumszimmer. **Am 22. Februar ist das Haus ab 16 Uhr für Besucher geöffnet**, die Familie Bär, Architekt Hermann Keim und ich geben Erläuterungen. (Königstraße 27).



4. Ausstellung „Die Kraft der Nächstenliebe“

Die heute eröffnete Ausstellung zu Wilhelm Löhe und zur Diakonie in Bayern im Stadtmuseum Ludwig Erhard zeigt in leichter und lockerer Weise Aspekte der verdienstvollen und segensreichen Arbeit von Person und Institution. Nicht akzeptabel empfinde ich jedoch die Darstellung über die Zeit des Nationalsozialismus. Immerhin wird zwar auf der Tafel „Innere Mission und Drittes Reich“ noch – wenn auch unangebracht zurückhaltend - erwähnt, dass die „Innere Mission“ die „Machtübernahme“ begrüßte, das fragwürdige Verhalten der Diakonie angesichts der Ermordung Behinderter, der sogenannten „Euthanasie“, wird jedoch unter den Tisch gekehrt. Gerade wenn man den Titel der Ausstellung bedenkt („Die Kraft der Nächstenliebe“), steht dies im Gegensatz zu Geist und Wirken von Wilhelm Löhe. Ich verweise hierzu im Anhang unten auf einen Textauszug aus meiner „Geschichte der Behinderten“. Abschnitt 9 ist dabei nur für Nervenstarke geeignet.

Dr. Alexander Mayer
Stadtheimatpfleger

Anhang zu 4.:

Auszug (Rohmanuskript) aus:

Alexander Mayer: „Eine Geschichte der Behinderten“, Jubiläums-Dokumentation 40 Jahre Lebenshilfe Fürth. Fürth 2001.

Erhältlich bei der Lebenshilfe Fürth <http://www.lebenshilfe-fuerth.de/>
Weitere Textauszüge unter : http://www.trisomie21.de/lh_fuerth.html

8. Beispiel Neuendettelsau

Das Dilemma evangelischer Anstalten lag vor allem darin, daß ihre Anstaltsleiter und die Mehrzahl des Personals in der Regel gute Patrioten und häufig Anhänger des Nationalsozialismus waren. Abgesehen vom Dienstweg paßte Widerstand nicht in diese Konstellation. Im Gewissenskonflikt zwischen Gehorsam und Widerstand siegte fast immer die protestantische Maxime "Seid untertan der Obrigkeit". Selbst in Bethel ließ man sich im Spätsommer 1940 zunehmend auf Kompromisse ein und auch der Central-Ausschuss der Inneren Mission entbot nach erfolgtem Protest die Unterwerfung unter staatliche Maßnahmen. "Gleichwohl wird nur derjenige den kirchlichen Verantwortlichen Vorwürfe machen können, der eine gesellschaftliche Gruppierung der Nazizeit zeigen kann, die mehr für die Kranken getan hätte" (Ernst Klee).

Kurz vor Kriegsende 1918 übernahm der Theologe Hans Lauerer die Leitung der Neuendettelsauer Anstalten. Im Oktober 1933 tat er in einem Brief kund, er stünde "mit Freudigkeit auf dem Boden des Nationalsozialismus". Nicht nur Lauerer, sondern weite Kreise der Inneren Mission zeigten sich dem Nationalsozialismus aufgeschlossen. Aus unserer heutigen Erfahrungswelt ist das schwer nachzuvollziehen und nur vor dem emotionalen Hintergrund des Weltkriegserlebnis 1914 -18 und der folgenden Revolution zu verstehen, was oben schon angesprochen wurde.

Man warf der Weimarer Republik vor, bestehende Ordnungen beseitigt und fehlendes Pflichtbewußtsein gegenüber Volk, Staat und Kirche verursacht zu haben. Dabei war die Innere Mission in der Weimarer Republik erstmalig nicht mehr nur auf private Zuwendungen angewiesen, sondern erhielt neben Pflegeerstattungen auch staatliche Gelder. Dennoch begrüßte die Innere Mission die Machtübernahme der Nationalsozialisten, so hieß es 1934 in der Fachzeitschrift "Innere Mission": "Die Einstellung der Diakonie auf das Dienen, die von jeher nicht bloß Theorie, sondern auch Praxis war, gibt die natürliche Verbindungslinie zu dem nationalsozialistischen Satz: Gemeinnutz geht vor Eigennutz... Niemand ist mehr Privatmensch, jeder ist mitverantwortlich, miteingeordnet, mittätig. So hat die nationalsozialistische Volkswendung ihren ganz besonderen Inhalt und bedeutet darum den Anfang einer neuen Epoche in der Geschichte unseres Volkes." Die Innere Mission blieb als eine der wenigen Verbände der freien Wohlfahrtspflege von einer Zwangsauflösung verschont. Noch vor der Meldebogenaktion zur planwirtschaftlichen Erfassung der Heil- und Pflegeanstalten" (Juni/Juli 1940) mußten alle Dienststellen Auskunft über die Zahl der jüdischen Patienten geben, am 30. April 1940 leitete der Regierungspräsident von Ansbach die entsprechende Anfrage nach Neuendettelsau weiter. Im September 1940 wurden die jüdischen Patienten in die Heil- und Pflegeanstalt Eglfing-Haar bei München verbracht, dort wurden sie noch im selben Monat vom Transportunternehmen der "Euthanasie"-Zentrale abgeholt und vermutlich noch auf deutschen Boden ermordet. Das staatliche Gesundheitsamt Ansbach wies Neuendettelsau an, keinem Juden mehr Unterbringung zu gewähren.

Am 26. Juli 1940 trafen die Meldebögen für die ca. 1.700 Pfleglinge ein. Zu diesem Zeitpunkt waren der Anstaltsleitung die Konsequenzen der Meldebogenaktion bekannt, auch Rektor Lauerer mußte davon erfahren haben. Die Motive sind nicht eindeutig, aber er bat aus organisatorischen Gründen um Aufschub bei der Ausfüllung. Nach kurzfristiger Anmeldung

erschien am 2. September 1940 eine siebzehnköpfige Kommission des Bayerischen Innenministeriums in Neuendettelsau, die die Ausfüllung der Meldebögen übernahm. Die gesamte Leitung befand sich entweder dienstlich unterwegs oder war - wie Rektor Lauerer - in Urlaub. Das Pflegepersonal versuchte - anders als die am 4. September teilweise zurückgekehrte Anstaltsleitung - die Meldebogenaktion in Einzelfällen zu umgehen, von einer konsequenten Widerstandshaltung kann jedoch keine Rede sein, allerdings war beim Personal die ganze Tragweite wahrscheinlich noch nicht bekannt.

Inzwischen hatten die Verlegungen aus den staatlichen Heil- und Pflegeanstalten in die Tötungsanstalten freie Kapazitäten entstehen lassen, die dort zunächst aus wirtschaftlichen Gründen wieder aufgefüllt wurden. Zudem verloren sich beim Durchschleusen durch verschiedene Anstalten die Spuren der Kranken, aus staatlichen Einrichtungen ließen sich die Pfleglinge geräuschloser in die Tötungsanstalten verlegen.

Foto 12: Abtransport von Pfleglingen aus Bruckberg (Diakonie Neuendettelsau) im Frühjahr 1941. (Repro A. Mayer, Original im Archiv Diakonie Neuendettelsau).

Am 22. November 1940 forderte der Landesfürsorgeverband Schwaben als Kostenträger seine Pfleglinge zurück. Alle Hauptmitarbeiter der Neuendettelsauer Anstalten besprachen am 27. November 1940 die Sachlage, die "Euthanasie" als vorbestimmtes Schicksal der Pfleglinge wurde dabei offen angesprochen. Laut Rektor Lauerer handele es sich um eine Maßnahme der Landesverteidigung, für die jedes Opfer gefordert werden müsse. Die Inkaufnahme des Schicksals von potentiell 1.700 Pfleglingen und die völlige Preisgabe der bisherigen Pflegearbeit wurde damit hingenommen.

Ein offener Protest erfolgte dementsprechend nicht, allerdings versuchte man im folgenden, die Angehörigen zur Wiederaufnahme ihrer Verwandten zu bewegen. Man versuchte auch mit anderen Maßnahmen Zeit zu gewinnen, aber im Vordergrund stand die prinzipielle Überlegung und Überzeugung, daß man als Diakonissenanstalt der Staatsmacht keinen Widerstand entgegensetzen konnte und aus prinzipiellen Erwägungen auch nicht wollte. Den Mitarbeitern wurde zwar freigestellt, sich aus "Gewissensgründen" der Aktion zu verweigern und gestand damit immerhin mögliche Gewissensvorbehalte zu. Die Verantwortung für die Weigerung sollte der Mitarbeiter jedoch selbst tragen.

Am 8. Februar 1941 forderten die Landesfürsorgeverbände Oberfranken und Mittelfranken ihre Pfleglinge zurück, 728 an der Zahl. Wenngleich im Gesamtzusammenhang unwesentlich, so drohte damit auch finanziell das Ende von Neuendettelsau.

Foto 13: Abtransport von Pfleglingen aus Bruckberg (Diakonie Neuendettelsau) nach Ansbach im Frühjahr 1941. (Repro A. Mayer, Original im Archiv Diakonie Neuendettelsau).

Die Ankündigung löste große Bestürzung aus, die Leitung suchte umgehend nach Möglichkeiten, diese einschneidende Maßnahme zu mildern, sie wagte aber nach wie vor keinen offenen Widerstand. Allerdings: Bereits zwei Tage später wurden die Angehörigen der betroffenen Patienten von der bevorstehenden Verlegungsaktion mit eindringlichen Worten verständigt. In dem Schreiben legte die Anstaltsleitung den Angehörigen nahe, sie sollten sich "umgehend unmittelbar" an den Landesfürsorgeverband in Ansbach wenden, falls sie die Verlegung ablehnten.

Diese Aufforderung führte zu einer Welle von Anfragen und Gesuche auf Unterlassung der Maßnahme, die Ansbach jedoch pauschal ablehnte. In den Ablehnungsbescheiden täuschte die Behörde die Angehörigen über das Schicksal der Pfleglinge, sie würden in sehr gut eingerichtete Pflegeheime verschickt werden. In Neuendettelsau tauchte umgehend die Gestapo auf und warnte die Anstaltsleitung mit Nachdruck davor, nochmals die Angehörigen im Vorfeld zu informieren oder sie gar zum Protest aufzufordern.

In der Chronik des Mutterhauses vom 10. und 11. Februar 1940 hieß es: "Die harte Maßnahme trifft unser Gesamtwerk und die einzelnen Häuser, aber auch die einzelnen Pfleglinge schwer... Eine gewisse innere Erleichterung für uns bei dieser überaus schweren Forderung liegt darin, daß der Landesfürsorgeverband auf gesetzlichem Wege die Pfleglinge wegnimmt und daß sie von uns weg wieder in geordnete Anstalten gebracht werden. Was weiter aus ihnen wird, das wird außerhalb unserer Kenntnis und unserer Verantwortung liegen". Die Verdrängung griff nicht überall, im Jahresbericht 1940/41 der Pflegeanstalten heißt es ohne große Umschweife: "Besonders schwer traf uns der Schlag auch deshalb, weil wir wußten, daß die meisten von diesen Pfleglingen der Euthanasie zum Opfer fallen würden."

Von den 728 Pflinglingen, die die Landesfürsorgeverbände Ober- und Mittelfranken am 8. Februar 1941 namentlich zur Verlegung angefordert hatten, konnten ungefähr 100 Pflinglinge durch verschiedene Maßnahmen dem Zugriff entzogen werden, so daß Ende Februar 630 Personen abtransportiert wurden.

Inzwischen liefen jedoch die Vorbereitungen zur völligen Räumung der Neuendettelsauer Pflegeanstalten. Die Gründe lagen nicht ausschließlich in der "Euthanasie"-Aktion. Die Nationalsozialisten beanspruchten verschiedene Häuser zum Beispiel zur "Unterbringung volksdeutscher Umsiedler" aus Tirol, vor allem aber wollten die Machthaber die Tätigkeit der Inneren Mission und der diakonischen Kräfte aus weltanschaulichen Gründen möglichst unterbinden. Von den nun angeforderten 536 Pflinglingen konnten noch ca. 80 gerettet werden, die Anstaltsleitung gab sie als arbeitsfähig aus. Die Behinderten wurden ab dem 24. April 1941 abtransportiert.

Im folgenden verlangten die Nationalsozialisten die Räumung eines weiteren Hauses, ohne jedoch die Auslieferung der dort untergebrachten Pflinglinge zu fordern. Die Verlegung der Pflinglinge war in anderen Häusern kaum möglich. Rektor Lauerer, der immer mehr von der Sorge um die Erhaltung der Neuendettelsauer Diakonie getrieben wurde, näherte sich der Grenze von der "Pflichterfüllung" zur aktiven Täterschaft, da er zur Zufriedenstellung der Behörden 30 Pflinglinge zur Verlegung nach Ansbach nachmeldete: ein fast sicheres Todesurteil. Es kann nur ein schwacher Trost und keine Entschuldigung sein, daß Rektor Lauerer durch die Erhaltung der in ihrer Existenz tatsächlich bedrohten Diakonissenanstalt die verbliebenen Behinderten rettete. Sie fielen nach dem offiziellen "Euthanasie"-Stop eben nicht dem späteren schleichenden, dezentralen Mord in staatlichen Heil- und Pflegeanstalten wie Ansbach und Erlangen durch Hungerkost und Medikamente zum Opfer (zwischen 1941 und 1945 in Ansbach ca. 1600, in Erlangen ca. 1500 Pflinglinge).

Zusammenfassend muß festgehalten werden, daß die Verantwortlichen in Neuendettelsau die Verlegung von fast drei Viertel aller Pflinglinge (ca. 1200) in staatliche Heil- und Pflegeanstalten zuließen, aus denen heraus dann die Weiterverlegung in die Tötungsanstalten erfolgten - dies zwar außerhalb der direkten Verantwortung und ohne weitere Einspruchsmöglichkeiten der Anstaltsleitung, aber der Weg war in Neuendettelsau bekannt.

9. Leben und Sterben von Konrad D. aus Fürth

Der 17jährige Konrad D., der Sohn eines verwitweten "Erdarbeiters", wurde im Juli 1924 auf Ansinnen des Fürther Armenrates und des Amtsarztes in der Neuendettelsauer Zweigstelle Bruckberg aufgenommen. Hysterische Anfälle seit dem 6. Lebensjahr waren die Ursache, der Amtsarzt bezeichnete ihn als "Idioten" mit gewisser Bildungsfähigkeit. Bei seinen Anfällen schlug er den Kopf auf den Boden oder an die Wand und "schäumte". Der Landesfürsorgeverband zog 1925 zunächst die Kostenübernahme der Anstaltsunterbringung zurück, so daß Konrad D. entgegen den Bedenken des Anstaltsarztes wieder zum Vater entlassen wurde. 1931 wurde Konrad D. jedoch auf Veranlassung des Landesfürsorgeverbandes wieder aufgenommen, diesmal in Engelthal, das inzwischen Neuendettelsauer Pflegeanstalt geworden war. In Engelthal gab es jedoch große Probleme mit dem anscheinend hyperaktiven und leicht erregbaren jungen Mann, er hatte viel zu kritisieren, sorgte für Unruhe, viele Briefe schrieb er, an die Polizei und auch an den neuen Reichskanzler Hitler, den er höflichst "ersucht zu mir zu kommen". Der Brief von Konrad D. landete im Akt, wurde nicht weitergeleitet.

Im April 1935 verlegte die Anstaltsleitung Konrad D. "wegen großer Unruhe" nach Bruckberg in die geschlossene Abteilung.

Die Neuendettelsauer Anstalten waren von Zwangssterilisierungen in der Regel nicht betroffen, da männliche und weibliche Heimbewohner räumlich weit getrennt untergebracht waren. Konrad D. wurde aber immer mal wieder abgeholt und konnte so gewissermaßen Urlaub von der Heimunterbringung machen. Damit war nach dem Erbgesundheitsgesetz des Dritten Reiches zu klären, ob er zu sterilisieren sei. Der Anstaltsarzt attestierte neben eventuellen anderen Einflüssen vorrangig "erblichen Schwachsinn". Ein Gericht verordnete die Sterilisierung, die 1937 in Ansbach durchgeführt wurde, der Vater hatte zugestimmt.

Foto 14: Konrad D. aus Fürth wurde 1937 sterilisiert und 1941 in der Gaskammer ermordet. (Foto: Diakonie Neuendettelsau).

Im weiteren Verlauf wurde Konrad D. mehrfach innerhalb der Anstalt von Bruckberg verlegt, bis der im Umgang schwierige Behinderte zu einem Pfleger kam, der gut mit ihm umgehen konnte, wie den Aufzeichnungen dieses Pflegers zu entnehmen ist: "D. ist im allgemeinen brav, folgsam und stets sehr arbeitswillig. Er macht die Arbeit, auch nicht aufgetragene, meist recht ordentlich und verdoppelt seinen Eifer bei einer kleinen Aufmunterung oder einem Lob. Einen Tadel muß man sehr behutsam und klug in Form eines kleinen Gesprächs mit ihm anbringen. Jedes schroffe Wort erreicht nur das Gegenteil. Auch sonst im Verkehr mit seinen Kameraden wird er durch kleinste Kleinigkeiten in sinnlosen Zorn versetzt. Durch Güte kann man bei ihm fast alles erreichen." Der letzte Eintrag des Pflegers ist jedoch das Todesurteil für Konrad D. aus Fürth: "Am 26.02.1941 wurde D. in die Heil- und Pflegeanstalt Ansbach verlegt". Da die staatlichen Stellen aus organisatorischen Gründen und um die Spuren zu verwischen, Behinderte nie direkt von Pflegeanstalten freier Träger zu den Mordanstalten verbrachten, wurden sie immer zunächst in eine staatliche Anstalt verlegt.

Einige Wochen später, im April oder Mai 1941, wurde Konrad D. mit 40 bis 150 weiteren Behinderten und Geisteskranken nach Hartheim bei Linz verbracht; wie groß die Gruppe von Konrad D. war, ist nicht bekannt. Zunächst kam Konrad D. mit seiner Gruppe in den Auskleideraum. Die Kleider und das mitgebrachte Gepäck wurde gesammelt, "bezettelt", aufgezeichnet und nummeriert. Die entkleideten Behinderten begaben sich über einen Gang in das sogenannte Aufnahmezimmer. Dort saßen an einem großen Tisch der diensthabende Arzt mit einem Stab von drei oder vier Helfern. Der Arzt untersuchte die Angekommenen nicht, sondern nahm nur Einsicht in die Akten der Vorgeführten.

Ein Pfleger oder eine Pflegerin stempelten den einzelnen Vorgeführten auf die Schulter oder auf die Brust eine laufende Nummer. Wer Goldzähne oder eine Goldbrücke hatte, bekam ein Kreuz auf den Rücken. Danach wurden die Behinderten in einer nebenan befindlichen Kammer fotografiert. Von der Fotokammer führte man sie durch einen zweiten Ausgang wieder in den Aufnahmeraum und von dort durch eine Stahltüre in die Gaskammer. Der Raum war so eingerichtet, daß man annehmen konnte, es handele sich um eine Gemeinschaftsdusche, an der Decke waren drei Brausen angebracht. Die Stahltüre wurde geschlossen und der Arzt leitete das Gas in die Gaskammer ein. Die Gaszufuhr wurde abgestellt, sobald der beobachtende Arzt keine Bewegung im Vergasungsraum mehr feststellte. Die gesamte Dauer der Begasung mit Kohlenmonoxid dauerte etwa 20 Minuten.

Nach einer halben bis einer ganzen Stunde wurden die auf Anordnung des Arztes die Türen geöffnet und die Ventilatoren eingeschaltet. Kontrolluntersuchungen zur genauen Feststellung des Todes wurden nicht mehr vorgenommen. Wenn die Gruppe groß war, konnten die Vergasten nicht umfallen und verkrampften sich so ineinander, daß die "Brenner" (Bedienungsmannschaft des Krematoriums) die Leichen kaum auseinanderbringen konnten.

Die Toten kamen in den Totenraum und von dort in das Krematorium. Den mit einem Kreuz bezeichneten Verstorbenen wurden von den Brennern die Goldzähne gezogen. Die nach der Verbrennung durch den Rost gefallenen Knochenreste der Opfer gaben die Brenner in eine Knochenmühle, das so gewonnene Knochenmehl wurde den trauernden Hinterbliebenen ohne genaue Zuordnung als sterbliche Überreste übersandt, für jeden Toten waren drei Kilogramm berechnet.

Ein Brenner äußerte sich zu seiner Tätigkeit wie folgt: "Da die Arbeit sehr anstrengend und wie schon gesagt, nervenzermürend war, bekamen wir pro Tag einen viertel Liter Schnaps."

Foto 14b: "In Gedenken an alle Behinderten, die 1940-1941 unseren Heimen entrissen wurden." Denkmal an der Laurentiuskirche in Neuendettelsau, gegenüber dem Mutterhaus. (Foto A. Mayer).